

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Einzelhefte in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 35815 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002

Die Heimarbeiter-Ausstellung findet in Berlin vom 28. April bis 15. Mai in den Landesausstellungshallen statt

Aus der Praxis, für die Praxis.

II.

Die kommunistischen Phrasen und die russische Revolutionsromantik haben, das steht fest, in der deutschen Gewerkschaft überhaupt jeglichen Boden verloren. Kommunistische Mitglieder in Ehren. Sie haben sich bemüht, was im Interesse ihrer Partei lag, auch innerhalb der Gewerkschaften der Revolutionsromantik Boden zu verschaffen. Daß ein Läuterungsprozeß einsehen konnte, war natürlich. Es fehlt den Kommunisten jegliche klare Richtung, weil die Anweisungen der kommunistischen Zentrale sich fortgesetzt kreuzen. Sie wissen nicht mehr, was sie sollen. Die Parolen lauten einmal „Heraus aus den Gewerkschaften“, ein andermal „Hinein in die Gewerkschaften“. Dadurch ist zum Nutzen der Gesamtbewegung den Zellenbauern einfach die Möglichkeit genommen, noch fernerhin Zerfaserungsarbeit in den Gewerkschaften zu betreiben. Eine feste, unveränderte, auf die Wirklichkeit gerichtete Gewerkschaftspolitik wird ihr abgefragt, um das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Bewegung vollends zurückzugewinnen. Das ist dem Unternehmertum bekannt, und es hat sich entsprechend eingestellt. Das Unternehmertum rechnet nicht mehr mit der gewerkschaftlichen Selbstzerfleischung, womit es 1922/23 rechnen konnte. Die Unternehmerpresse läßt keinen Zweifel darüber. Das Unternehmertum weiß, daß die Kosten für die fortschreitende Gefundung der deutschen Arbeiterbewegung das Unternehmertum in jeder Richtung zu zahlen haben wird. Darum auch die veränderte Taktik des Unternehmertums bei Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse; darum der Versuch, von sich aus einen Zwiespalt in unsere Bewegung hinein zu bringen, und zwar durch die Gründung der „Werkgemeinschaften“, durch Werksverträge, Werksverträge, die nicht mehr mit den Organisationen, sondern mit den Betriebsräten geschlossen werden sollen. Darum die Taktik der großzügigsten finanziellen Unterstützung der Rechtsparteien in dem Wahlkampf im Jahre 1924, darum die großzügigste finanzielle Unterstützung des Unternehmertums der Rechtsparteien bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1925, und Schaffung des Korruptionsfonds zur Bekämpfung der Sozialpolitik, wofür dem Arbeitgeberverband für jeden einzelnen im Betriebe beschäftigten Handarbeiter 2 Mk. pro Monat gezahlt werden. Von 17,5 Millionen Arbeiter sind 15 Millionen in Betrieben, in Betrieben und Industriegruppen tätig, deren Unternehmer diesem Reichsarbeitgeber-Verband angehören. Daraus ergibt sich, daß die 2 Mk. pro Monat und Arbeiter eine monatliche Zuzahlung von 30 000 000 Mk. (dreißig Millionen Mark) bedeutet; ein Korruptionsfonds, der seit Oktober gesammelt wird und nichts anderes bezweckt, als der von der Gewerkschaft betriebenen Sozialpolitik Einhalt zu tun und den geringen Schutz, den die Arbeiterklasse auf sozialem Gebiet hat, vollkommen zu vernichten. Nicht auf der Frage, ob die Gewerkschaften einer Partei näher gebracht werden können, müssen wir uns beschäftigen, sondern die Kardinalfrage ist, und ernsthaft zu fragen, was wir als Gleichwertiges den Unternehmern entgegenzusetzen haben. Daß unsere finanziellen Mittel nicht ausreichen, wissen wir. Das ist schon wegen der Zerstückelung durch Christliche, Kirch- und sonstige usw. ein Ding der Unmöglichkeit. Unsere Geschlossenheit und immer wieder der Ruf an die Gewerkschaftsmitglieder: „Zurück zur Disziplin!“ kann es sein. Wir müssen der veränderten Taktik des Unternehmertums um so mehr Aufmerksamkeit widmen, weil der Höhepunkt unserer Bewegung nicht wieder erreicht ist. Es geht vorwärts. Auch das gehört zu den Gewerkschaftsaufgaben, daß die Unterstützungs-Einrichtungen wieder neu aufgebaut, daß die Finanzen der Gewerkschaften neu geordnet, die Gewerkschaftspressen sowie die Arbeiterpresse vervollständigt und ausgebaut werden konnten, daß die geistige Durchbildung der Gewerkschaftsmitglieder erweitert und mit Hilfe der Funktionäre die Aufklärungsarbeit der Indifferenten in neue Bahnen gelenkt werden konnte. Schon das erste Jahr der Festigung und Gesundung der Gewerkschaftsbewegung gab die Möglichkeit, die Zahl der Betreuten zu stärken. Glücklicherweise konnte auch der Gesundungs- und Festigungsprozeß deswegen mit vorgenommen werden, weil ein Abflauen der Wirtschaftskrise am Ende des Jahres 1924 eingetreten ist. 1923 waren 2 Millionen Erwerbslose und ebenso viele Kurzarbeiter im besetzten Gebiet vorhanden. Insgesamt betrug im Jahre 1923 die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland 7,5 Millionen; 1924 waren dagegen nur noch 600 000 vorhanden. Das ist nicht ohne Belang; denn je größer die Zahl der Erwerbslosen, desto größer das Heer, auf das das Unternehmertum zurückgreifen kann. Auch diese Zahl

600 000 Arbeitslose zeugt noch von einer ungeheuren Not innerhalb der deutschen Arbeiterklasse. Der gewerkschaftlichen Propaganda für das Jahr 1925 steht die Verpflichtung voran: bester Erwerbslosenschutz, nicht nur aus rein menschlichen und sozialen Beweggründen, sondern auch aus gewerkschaftlichen Klugheitsgründen. Natürlicher gewerkschaftlicher Egoismus gebietet uns, schon deswegen ihn anzustreben, um das Heer der Erwerbslosen nicht zu einem willfährigen In-



Wir

wissen als Kämpfer, daß man dem Gegner nicht schlecht gerüstet oder gar völlig ungerüstet gegenüber treten darf. Weil wir das wissen, deshalb

schmieden

wir unsere Waffen, die wir im Kampfe zur Anwendung bringen wollen oder müssen, d. h. wir agilitieren, wir erhöhen damit die Zahl der Kämpfer und stärken zugleich unsere Finanzen.

die

ebenso wichtig sind, wie eine starke Organisation. Unter einer starken Organisation verstehen wir die organisatorische Erfassung der für unseren Verband in Frage kommenden Arbeiterschaft zu einem möglichst hohen Prozentsatz. Diese

Waffen

verschärfen wir durch gute Schulung der Mitgliedschaft, damit Solidarität und Disziplin wirksam werden und den Erfolg sichern oder vor Niederlagen schützen.



strument zu machen. Man könnte sagen: Bester Erwerbslosenschutz ist Arbeitsbeschaffung. Das ist es auch, um das Elend von vielen Lebensgenossen abzuhalten. Damit können wir uns nicht begnügen. Wir haben einen gesunden einwandfreien Erwerbslosenschutz angestrebt für die, die nicht in die Reihen der Arbeitslosen einstreifen können. Erwerbslosigkeit ist Arbeitslosigkeit gegen den Willen der Arbeiter. Wir müssen uns davon frei machen, daß der einzelne Unternehmer schuld daran ist. Dieser Gedanke ist durch und durch unsozialistisch. Erwerbslosigkeit ist mit dieser Wirtschaftsweise verbunden, weil die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht auf das Interesse der Staatsträger, sondern auf das Interesse des einzelnen Unternehmers eingestellt ist. Wir können uns mit der Forderung „Arbeitsbeschaffung“ nicht begnügen, sondern der Erwerbslosenschutz muß sich auch auf andere Gebiete erstrecken. Der heutige Erwerbslosenschutz ist für lange mit dem Weigeispruch der Wohlfahrt. Der Erwerbslosenversicherung wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Unternehmertum hat ein Interesse daran, die Unterstützung so niedrig wie irgend möglich zu halten. Dieses Zwifflerding, das heute existiert, daß den Arbeiter der Willkür des einzelnen Beamten überlassen, muß verschwinden. Wenn schon Beitragsleistung, dann aber auch Selbstverwaltung und rechtliche Ansprüche auf die Unterstützung. In dieser Beziehung hat — wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Wahl — die sehr arbeitserfindliche der Erwerbslosenversicherung den Gewerkschaften übermittelt. Wenn wir diesen Geschenkwurf in früheren Jahren durchgeführt hätten, wäre manches anders auf dem Wirtschaftsbereich geworden. Dieser Geschenkwurf hat aber einen Pferdefuß. Während er einen rechtlichen Anspruch gewährleistet, soll derselbe aber erst dann gewährt werden, wenn festgestellt ist, daß keine Pflichtarbeit gestellt werden kann. Mit der Pflichtarbeit soll dieser Erwerbslosenschutz verbunden sein. Die freien Gewerkschaften sind trotz aller gegenteiligen Behauptungen gegen die sogenannte Pflichtarbeit. Wenn der Arbeiterklasse im nächsten Jahre der politischen Umwälzung dennoch „Pflichtarbeit“ gegen geringe Unterstützung zugemutet werden kann, so ist das die Folge politischer Unklugheit vieler Volksgenossen, wie sie bei der Reichstagswahl zutage getreten ist. Ein Mangel ist, daß dieser neue Geschenkwurf wieder nichts vom Obligatorium auf

dem Gebiete der Arbeitsvermittlung aufweist. Eine Gegenwartsforderung der Organisationen muß gerade angesichts des Verlangens der Unternehmer nach Pflichtarbeit sein: Zwangsbenutzung der staatlichen Arbeitsnachweise! Daneben haben wir Gewerkschafter uns auch für die Umschulung und Umschichtung der Angehörigen derjenigen Berufe einzusetzen, die für absehbare Zeit keine Aussicht haben, in ihren Ursprungsberuf zurückzukehren. Seien wir brutal und erkennen an, daß im Laufe der nächsten Jahre nicht möglich sein wird, die Kopfarbeiter in ihren Berufen wieder unterbringen. Mehr als 60 Prozent aller hiesigen Erwerbslosen sind Kopfarbeiter. Nur eine neue Inflation würde die Möglichkeit bieten, diese Kopfarbeiter unterzubringen. Eine neue Inflation ist uns allen aber nicht erwünscht. Auf der anderen Seite ist die Erwerbslosenversicherung. Die Beiträge müssen so niedrig wie irgend möglich gehalten werden, und zwar schon im Hinblick auf die niedrigen Löhne.

Es muß den Handlungsgehilfen und Bureauangestellten gesagt werden, daß sie im Interesse der Bestrebungen der Arbeiterklasse ihren Ständedünkel ablegen und als Handarbeiter in den Produktionsprozeß nach gegebener Möglichkeit eintreten müssen. Neben dem gewerkschaftlichen Auf- bester Erwerbslosenschutz durch eine einwandfreie Erwerbslosenversicherung! muß der erklingen: Vereinheitlichung des Arbeiterrechts! Beschaffung eines wirklichen Tarifrechts! Dabei darf die gewerkschaftliche Forderung nach gerechter Neuregelung der Arbeitszeitverordnung nicht verstümmen. Die Erringung des achtstündigen Normalarbeitstages für alle im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist die nächste und vornehmste Gewerkschaftsaufgabe.

Die im Mai 1924 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltete Umfrage ergab, daß durchschnittlich 54,7 Prozent aller Arbeitnehmer mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten hatten. Diese Erhebung ist im Dezember 1924 wiederholt, und es wurde festgestellt, daß nunmehr 45,8 Prozent mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiten. Die Gewinnung von 9 Prozent mag als Zahl nichts bedeuten, ist aber, auf 17,5 Millionen Lohnarbeiter verrechnet, ein wesentlicher Fortschritt. Daran wird man erkennen, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitsgenossen den Achtstundentag wieder gewonnen haben. Das berechtigt zu den besten Hoffnungen, um so mehr, als die Genossen der einzelnen Gewerkschaften um den Kampf für den Achtstundentag gut eingestellt sind. Es kommt für die einzelnen Berufe darauf an, dann den Kampf aufzunehmen, wenn die Situation für die Arbeiterschaft günstig ist. Man kann auch eine Schlacht gewinnen bei Schonung der Menschen und durch stückweises Vorgehen. Vom Jahre 1869 bis 1918 hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung ununterbrochen um den Achtstundentag gekämpft, ohne sich entmutigen zu lassen. Daraus sind für heute Lehren zu ziehen.

Das Lohnproblem, wohl die wichtigste Frage, wird nicht verschoben. Gewiß fehlt es mangels einer einwandfreien Statistik über den Lebensmittelpreis an einer brauchbaren Grundlage, um festzustellen, inwieweit der Realwert der Löhne gestiegen ist. Das vom Reichsamt für Statistik herausgegebene Zahlenmaterial, wonach die Arbeitnehmerschaft schon heute ein Realeinkommen besitzt, das dem der Vorkriegszeit nicht nur gleich, sondern sogar überlegen ist, hat sich als falsch herausgestellt. Trotzdem soll um unserer selbst willen anerkannt werden, daß für einige Arbeitnehmerschichten die Reallohne etwas gesteigert werden konnten. Dabei soll beachtet werden, daß wir erst am Anfang einer Ent- wicklung stehen. Die Preislenkungsbestrebungen der rechtsgerichteten Reichsregierung sind gescheitert. Ob sie je ernst gemeint oder ob es Wahnsinn war, soll ununtersucht bleiben. Tatsache ist, daß die Preislenkungsaktion von einem neuen gewaltigen Zug nach weiterer Kartellierung abgelöst ist, dem die bürgerliche Mehrheit des Reichstages nicht den geringsten Widerstand entgegensetzt. Diesen Kartellierungsbestrebungen, die die Ausschaltung der Preiskonkurrenz zum Ziele und damit die Verfeinerung der Lebenshaltung zur Folge haben, steht die Gewerkschaftsforderung nach Vereinheitlichung der Lebensmitteln, staatlicher Förderung der Genossenschaften, der gewerkschaftlichen Eigenproduktion und Förderung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten gegenüber. Wird diesen berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen nicht Rechnung getragen, dann sind Lohnkämpfe von größtem Ausmaß und größter Erbitterung zu erwarten. Sie haben diese Forderungen deswegen zu betonen, weil die beste Wehr bieten, wenn das Unternehmertum über die „maßlosen Forderungen“ der Arbeiterschaft schimpfen. In einer Lohnerböschung liegt uns nichts, wenn die Verbilligung der Lebensmittel eintritt. Wir betreiben Lohnpolitik, weil die wirtschaftlichen privatrechtlichen Interessen uns nicht die Möglichkeit geben, auf einem anderen Wege die Lebensgegendung herbeizuführen.

Eine Reihe ganz wichtiger Probleme harren ihrer Lösung. Ein Ringen wird auf diesen Gebieten einsehen, wo in erster Linie die geistige Stärke herrschen soll und ausschlaggebend sein wird. Die Fragen sind in wirtschaftlicher und politischer Bewegung um so mehr brennend, da sie in den

Vordergrund treten werden. Ob die Kostenverteilung auf Kosten der Arbeiterschaft oder auf Kosten des Unternehmers...

Aber unsere Hauptarbeit im Jahre 1925 referierte der Kollege Wentlandt. Anknüpfend an die im Jahre 1924 begonnene dies-

Kollege Vög referiert kurz den Inhalt des Referats und be-

Die Verwaltung wird Veranlassung nehmen, in der nächsten

Gewerberat und Arbeiterschutz.

Bei der Firma Papierfabrik Reichholz A. G., Werk Löh-

Am 10. März d. J. bezugsweise der Kollege Schäfer an der

An den Verband der Gehilfenarbeiter Deutschlands

Im Rückgang meines Schreibens vom 9. d. M., Nr. 296,

Das 3. abgeordnete des Arbeitgeberverbandes liegt weiter

lassen. Wie ich bereits das Mitglied des Betriebsrats p. Ein-

Dillenburg, 24. März 1925.

Obenstehendes Schreiben kennzeichnet die Einstellung des

1. Der Gewerberat Jäckel kam in das Werk Löhberg, betrat

2. Im Falle Leichhammer verhält sich die Sache doch etwas

3. Gerade wie bei dem Leichhammer, erklärt man dann im

Wir stellen fest: Der Arbeiter Schäfer hat die Pappmaschine

Dem Herrn Gewerberat möchten wir den guten Rat geben,

Im Monat Februar waren im Werk Löhberger Halle (100

Im Monat März durchschnittlich 16 Arbeiter erkrankt, davon

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Ausdehnung der Unfallversicherung auf die

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichswirtschaftsrat

Der Entwurf beschränkt sich mit einer Ausnahme auf

Table with 3 columns: I, II, III. I: Gewerliche Beschäftigung. II: Betriebe, welche die in Spalte II... III: Betriebe, welche die in Spalte II...

Mit dieser Vorlage hat die Regierung endlich dem

kurz vor dem Krieg wurden die Erhebungen angeordnet,

Im Mai 1923 wird von Kollege Brey wiederum eine

Diese Entschlieung wurde angenommen. Der Erfolg ist

Daneben hat unser Verband die Angelegenheit aber auch

Su Pfingsten desselben Jahres tagte in Frankfurt a. M.

Vergiftungen, die eine körperliche Schädigung

Die Regierung konnte sich jedoch zu durchgreifenden

Der Schrei der Arbeiter nach gesetzlichem Schutz war

Wir wollen aber die Tatsache betonen, daß

Der Absch des deutschen Reichsindex

Im Monat März 1925 betrug 1 430 501 Doppelzentner

Da mit dem Monat April die Frühjahrseinstellungen zum

Berichtigung.

In Nr. 14 des „Proletarier“ vom 4. April haben wir

Es wurde jedoch durch die Post festgestellt, daß die

Papier-Industrie

Zur Papiermaschinenführer-Frage.

Vorweg! Beim Lesen des in Nummer 4 d. J. — unter der

Meines Erachtens haben die Gegenstände geschichtlichen

Nr. 10 — 1925

Die technischen Fortschritte der Papiererzeugungsindustrie...

Freilich; auch dem Maschinenführer blieb dieses Los nicht erspart, auch er mußte, nachdem die "Gelernten" aufgebraucht...

So dürfte der historische Fortschritt entsprechend, vor sich gegangen sein, und in der hohen Lohnquote proportional...

Auf Grund anerkannter Berufswertung konnte der Maschinenführer die geschichtlich übernommenen und traditionell gepflegten Vorteile...

Unter der Devise: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und unter dem Einfluß des Umsturzes...

Man maghebender Stelle war man sich wohl darüber klar, daß die "Angelehnte" nicht durch eine absolute Erhöhung geschaffen werden kann...

Anders heuete! Trotz Kasserung der früher gültigen und als Vertragsbedingungen anerkannten Rechtsgrundsätze...

In Nummer 9 des "Proletarier" nimmt ein Kollege Trinkl zu dieser Frage Stellung...

Bei den Maschinenführern liegt der Fall ungefähr wie das oben gegebene Beispiel.

Auf Grund dieser Eigenschaft glauben die Maschinenführer berechtigt zu sein, ihren Leistungen entsprechend einen Lohnanspruch zu suchen.

Bei manchen der Friedensbezüge gleich 100, so ergibt sich heute eine Lohnsumme von nur 64 Prozent...

Welche! interessiert den Kollegen Trinkl das Verhältnis der heute im Lohnvertrag der Gruppe Bayern in Ostklasse B...

Es müßte demnach der Lohn der Maschinenführer sein: 84 Prozent plus 36 Prozent plus 21 Prozent...

Daß unter diesen Umständen der Maschinenführer von dem bisherigen Ergebnis des Tarifvertrages nicht sonderlich erbaut ist...

An und für sich ist Solidarität in erster Linie ein moralischer Begriff und unterliegt als solcher bei einer Interpretation...

Aber auch dagegen liegt ein Verstoß nicht vor. Die Maschinenführer fordern die prinzipielle Wiederherstellung ihrer durch den Tarifabschluß verloren gegangenen materiellen und moralischen Rechte.

Kollege Trinkl glaubt nicht umhin zu können, uns den Wertebegriff eines Maschinenführers zu zeigen. Warum er dabei seinen Hirten ausgerechnet Ochsen, Kühe, Schafe und dergleichen...

Solange man auf gewerkschaftlicher Seite so kleinliche Dinge in den Vordergrund stellt, solange man fortfährt, den giftigen Brodem der Schmachung und Verunglimpfung...

Zum Schluß sei noch folgendes gesagt: Die Maschinenführer sind eins in dem Gedanken und in dem Willen, das Verlorene...

Industrie der Steine und Erden

Ziegeleiarbeiterspernung in Landsberg (Warthe).

Die Arbeiterschaft der Ziegelei M. Fischer, Wiedemann und der Heimersdorfer Ziegelei ist ausgesperrt, weil sie einen Schlichterspruch mit 40 Pf. ab 1. April und 44 Pf. ab 1. Juli nicht unterschrieben hat.

Aberstunden bei der Firma Willeroy u. Boch, Steingutfabrik (Wallerhangen).

Im Monat November 1924 trat die Direktion an den Arbeiterausschuß heran zwecks Ermittlung zum Nacharbeiten.

wurde abgelehnt, und wir kamen im Monat Januar vor den Schlichtungsausschuß. Hier wurde uns der schlechte Geschäftsgang der Firma entgegengestellt...

Kollegen, hier liegt der wunde Punkt. Es hat wegen dieses Nacharbeitens keine Besprechung zwischen der Direktion und dem Arbeiterschuß...

Verchiedene Industrien

Die Heimarbeiterausstellung.

In der Zeit vom 28. April bis 15. Mai findet in den Landesausstellungshallen in Berlin die Heimarbeiterausstellung statt.

Die Ausstellung ist veranstaltet von der Gesellschaft für soziale Reform unter Mitwirkung der Arbeitergewerkschaften aller drei Richtungen.

Frauenfragen.

Der Stand der Schutzgesetzgebung für jugendliche und weibliche Arbeiter.

Der Schatz von Leib und Leben der weiblichen und vor allen Dingen auch der jugendlichen Arbeitnehmer bei ihrer berufsmäßigen Tätigkeit ist ein Ziel, das sich die Sozialdemokratische Partei schon seit ihrem Bestehen gesteckt hat.

Es bestehen heute die verschiedensten Schutzbestimmungen für beide Gattungen von Arbeitnehmern. Wie es aber, leider muß es gesagt werden, bei uns auf sehr vielen Gebieten der Gesetzgebung an Einheitlichkeit fehlt...

Die wichtigste Bestimmungen über Arbeiterschutz, welche man auch wirklich als einigermaßen annehmbar bezeichnen kann, sind eine Errungenschaft der Revolution.

